

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 68 (1974)

Heft: 12

Artikel: Südliches Afrika - wohin? : Referat gehalten an der 56. Jahresversammlung des Schweizer Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit am 10. November 1974

Autor: Kremos, Helen

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142419>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Flammen übergaben oder dem Krieg zum Opfer fielen, nicht ein ehren-
des Gedenken bewahren? Als ein Japaner, der Alice Herz «entdeckte»
und ihrer ehrenvoll gedenkt, möchte ich mich mit diesem nachdrück-
lichen Aufruf an die Europäer wenden. Es könnte für mich keine
größere Freude geben als mit der Herausgabe dieses Buches einen —
wenn auch bescheidenen — Beitrag leisten zur Entwicklung des Dialogs
und der Aktionseinheit von Buddhisten und Christen, von Gläubigen
und Sozialisten, der Völker Asiens, Europas und Amerikas; ganz be-
sonders aber möchte ich beitragen zum gemeinsamen anti-imperialisti-
schen Kampf der Vietnamesen mit den Völkern der Welt.

*

Das vorliegende Buch kommt zugunsten des Alice-Herz- Friedensfonds,
zur Unterstützung des vietnamischen Volkes und der Opfer der Atom-
bomben in Hiroshima und Nagasaki, heraus. Für den gleichen Zweck
sind in demselben Verlag erschienen:

**SHINGO SHIBATA: Lessons of the Vietnam War: Philosophical Considerations
on the Vietnam Revolution.**

**SHINGO SHIBATA (ed.) Phoenix: Letters and Documents of Alice Herz —
The Thought and Practice of A Modern-Day Martyr.**

In meiner Herausgeberarbeit erhielt ich die Hilfe vieler Freunde, deren
Namen ich nicht alle nennen kann. Besonders zu danken habe ich
Herrn Dr. K. Th. Humbach, Herrn Dr. Paul Furrer und seiner Frau,
Frau Emmi Akima und Herrn Dr. Mutsumi Hayashi. Nicht zuletzt gilt
mein aufrichtiger Dank dem B. R. Grüner Verlag Amsterdam, der mir
stets wohlwollende Hilfe zuteil werden ließ. Ohne alle diese Unterstüt-
zung könnte das Buch nicht erscheinen.

Tokio, im November 1974

Shingo Shibata, Hosei-Universität

Südliches Afrika — wohin?

Referat gehalten an der 56. Jahresversammlung
des Schweizer Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit
am 10. November 1974

Es geht hier darum, zu zeigen, wie sich die zwei Fronten Schwarz-Weiß
in der gegenwärtigen spannungsgeladenen Situation gegenüberstehen.
Durch den Sturz der Rechtsdiktatur in Portugal und die Machtabtretung
in Mozambique und Angola an einheimische Regierungen — die sich
zur Hauptsache aus Führern der Befreiungsbewegungen zusammenset-
zen — ist eine Bresche in die Vormachtstellung der weißen Minder-

heitsregierungen von Südafrika (RSA) und Rhodesien geschlagen worden. Die Republik Südafrika ist, was die Verteidigung ihrer Grenzen betrifft, in eine heikle Lage geraten. Die gesamte Nordgrenze von 360 Meilen zwischen Südafrika und Mozambique wird für Hilfs- und Solidaritätsaktionen für die südafrikanischen Befreiungskämpfer offen. Sollte Angola unabhängig werden, dann müßte Südafrika die lange Nordgrenze Namibias abriegeln. Das scheint kaum möglich, denn schon jetzt gelingt es den dort stationierten südafrikanischen Truppen nicht, die intensive Guerillatätigkeit zu unterbinden. Vorsorglicherweise macht sich Südafrika für den «Ernstfall» bereit. Eine schnellstens einberufene Reservearmee — verstärkt durch ein Freiwilligenkontingent — wurde zum Grenzschutz einberufen. Frauen werden aufgefordert, sich zum Dienst hinter der Front anwerben zu lassen. Neu ist, daß jetzt auch Schwarze und Farbige zum Wehrdienst herangezogen werden.

Nach der Einsetzung der provisorischen Regierung in Mozambique (19. Sept.) erklärte Premierminister John Vorster, seine Regierung sei zu einer Zusammenarbeit mit den unabhängig gewordenen Nachbarstaaten bereit, sofern ihre mehrheitlich schwarze Führung die nötige Stabilität aufweise. Dieses «friedliche Angebot», das offensichtlich im Hinblick auf südafrikanische Wirtschaftsinteressen gemacht wurde, kann nicht verwundern. Premierminister Vorster hat in den letzten Jahren immer wieder versucht, über eine «Politik des Dialogs» zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den unabhängigen schwarzen Staaten vorzustoßen. Das ist mißlungen. Die OAU (Organisation für afrikanische Einheit), der mehr als vierzig afrikanische Staaten angehören, hat diesen Dialog abgelehnt mit der Begründung, daß ein für beide Seiten fruchtbare Gespräch die Beseitigung der Rassentrennungspolitik zur Voraussetzung habe.

Ein Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen mit Mozambique wäre nicht im Interesse Südafrikas. Bis jetzt war Mozambique eine Bezugsquelle billiger Arbeitskräfte für die südafrikanischen Minen, ein Betätigungsfeld für südafrikanische Investoren, ein Markt für Industrieprodukte, ein Durchgangskanal für Exporte und Importe durch die Seehäfen Lourenço Marques und Beira, und es soll nach Fertigstellung des Cabo-Bassa-Damms ein Lieferant für billigen Strom werden.

Die provisorische schwarze Frelimo-Regierung in Mozambique hat auf die Erklärung Vorsters noch nicht reagiert. Vorerst hat sie die innenpolitischen Schwierigkeiten zu lösen. Die Auseinandersetzung mit den alteingesessenen reaktionären Kräften, die sich in Umsturzversuchen üben, ist noch nicht beendet. Das vorsichtige Vorgehen der Frelimo läßt darauf schließen, daß sich ihre langjährig erprobte Guerillastrategie im Befreiungskampf auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene bewähren wird. Der diplomatische Premierminister Vorster be-

müht sich, normal funktionierende Beziehungen zur Frelimo-Regierung anzuknüpfen. Das wurde durch die abweisende Haltung gegenüber asylsuchenden Portugiesen deutlich gemacht. Südafrika hat den Portugiesen, die vor ein paar Wochen nach der mißlungenen Revolte der Rechten in Mozambique nach Südafrika geflohen waren, zu verstehen gegeben, daß sie unerwünscht seien. Nur Spezialisten, die benötigt werden, können im Land bleiben.

Nicht nur der Verlust der weißen Pufferzonen Mozambique und Angola und der zunehmende Druck von außen beunruhigen die Regierung, sondern auch die explosive innenpolitische Lage. Zwar sitzt die regierende Nationalistische Partei Premierminister Vorsters nach den im April stattgefundenen Parlamentswahlen fest im Sattel, und grundsätzlich halten alle Parteien am Konzept der Weißen Vorherrschaft fest. Trotz dem perfekt funktionierenden Polizei- und Spitzelapparat wird die nach außen proklamierte «Ruhe und Ordnung» durch Widerstandsheide ständig gestört. Zu den Willkürmaßnahmen um politische Gegner und Kritiker des Apartheid-Systems — insbesondere Studenten und Kirchenleute — zum Schweigen zu bringen, gehören Gefängnisstrafen, Folterungen, Bannungen (gegenwärtig 400), Paßentzug, Verweigerung von Einreisevisa und Ausweisungen ausländischer Geistlicher und Missionare. In letzter Zeit hat man konstatieren können, wie erfolgreich Druck aus dem Ausland sich auswirkt. Der Bannspruch gegen den international bekannten, schwarzen Theologen Dr. Manas Buthelezi (Vetter des Chefministers Buthelezi des Bantustans Zululand), der für eine gewaltfreie Alternative zur Politik der «Getrennten Entwicklung» eintritt, ist dank des Einspruchs einer Vielzahl von internationalen Organisationen und Persönlichkeiten, ohne Begründung seitens des südafrikanischen Justizministers aufgehoben worden.

Eine Welle des Protestes erhob sich, als der Theologe Dr. Beyers Naudé, Direktor des «Christlichen Instituts» in Johannesburg, das sich für eine friedliche Lösung des Rassenproblems einsetzt, zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe (wegen Aussageverweigerung über sein Institut) verurteilt wurde. Er ist kürzlich von der Anklage, die auf Vergehen gegen das Gesetz «Unterdrückung von Kommunismus» lautete, freigesprochen worden. Allen Mitarbeitern des Instituts ist der Paß entzogen worden. Um die Tätigkeit des Instituts lahmzulegen, hat die Regierung darauf ein Gesetz verabschiedet, das jegliche finanzielle Unterstützung an «subversive» Organisationen und Einzelpersonen verbietet.

Höchst erstaunlich ist, daß gegenwärtig die Fragwürdigkeit des Wehrdienstes in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Diese Diskussion wurde durch eine Resolution des «Südafrikanischen Rats der Kirchen», die er an seiner letzten Nationalkonferenz gefaßt hatte, aus-

gelöst. Darin fordert der Rat seine Mitgliedkirchen auf, sich der Frage anzunehmen, ob es zu rechtfertigen sei, die Waffen zur Verteidigung einer «fundamental ungerechten und menschenunwürdigen Gesellschaft» zu ergreifen. Der Verteidigungsminister Botha drohte mit Strafverfolgung, und die Regierung hat unverzüglich einen Gesetzesentwurf im Parlament eingebracht, der vorsieht, daß, wer einen Wehrpflichtigen zur Wehrdienstverweigerung auffordert oder überredet, mit Gefängnis bis zu zehn Jahren oder einer Geldbuße von zehntausend Rand (rund 40 000 Fr.) bestraft wird.

Die Studenten der englischsprachigen Universitäten waren die erste weiße Gruppe, die durch Solidaritätskundgebungen für die schwarzen Studenten den Protest gegen Rassendiskriminierung auf die Straße brachten. Von den verhafteten Studenten wurden die vier Führer des Verbandes «Nationale Union südafrikanischer Studenten» (NUSAS) wegen umstürzlerischer Tätigkeit mit dem Bann belegt.

Den weißen Studentendemonstrationen gingen an den nichtweißen Universitäten regierungsfeindliche Kundgebungen voraus. Dem Präsidenten der schwarzen Studentenorganisation SASO, R. Tiro, gelang es, kurz bevor man das Bannurteil gegen ihn verhängen konnte, nach dem schwarzen Nachbarstaat Botswana zu fliehen. Dort ist er zu Beginn dieses Jahres durch eine Briefbombe ermordet worden. Die Überführung der Leiche nach Südafrika wurde von der Regierung aus Angst vor Demonstrationen verboten.

Die schwarzen Bantustanführer zeigen ihre Unzufriedenheit mit der Politik der «Separaten Entwicklung» ganz offen. Die Forderung von Gatsha Buthelezi, Chefminister von Zululand, lautet: «Wir wollen mehr Land; wir wollen eine schwarze Nation und nicht ein Nebeneinander von schwachen Stammesgruppen». Als Druckmittel erwähnte er Streiks und Stopp des Wanderarbeiterflusses nach den weißen Gebieten.

Am bedrohlichsten für die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems sind die im Bergbau wie auch in der verarbeitenden Industrie zunehmenden Streiks. Die ersten ausgedehnten und erfolgreichen Arbeitsniederlegungen der schwarzen und farbigen Arbeiterschaft vom Februar 1972 im Hafen Durban haben offenbar dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein und den Kampfwillen der Schwarzafrikaner zu stärken. Die Industriekammer der Provinz Natal erklärte in ihrem Jahresbericht von 1973 mehr als 60 000 schwarze Arbeiter hätten in über 160 Arbeitsniederlegungen höhere Löhne erzwungen. Verhaftungen führten nur zu Proteststreiks. Streikende wurden vom schwarzen Entwicklungsmister Barney Ddale angeführt. Die Streikwelle hält auch dieses Jahr noch an. Im großen und ganzen suchen Polizei und Streikende Gewalttätigkeiten zu vermeiden. In diesen Arbeitskämpfen geht es nicht nur

um höhere Löhne, sondern die schwarzen und farbigen Arbeiter verlangen Mitspracherecht und eigene, gesetzlich anerkannte Gewerkschaften. Im August dieses Jahres haben sich der Großkonzern «Anglo-American Mining and Industrial Corp» in Johannesburg (der 250 000 Nicht-Weiße beschäftigt) und zwei britisch-kontrollierte Textilfirmen in Durban bereit erklärt, schwarze Gewerkschaften anzuerkennen. Die Reaktion vonseiten der Regierung, die sie strikte ablehnt, steht noch aus.

Auf durchgeführte, gezielte Vorstöße ausländischer Institutionen und Organisationen (Gewerkschaften, kirchliche Kreise, Anti-Apartheid-bewegungen) können wir hier nicht mehr eingehen. Hervorzuheben ist nur, daß es ihnen gelungen ist, den Zustrom der weißen Facharbeiter nach Südafrika abzubremsen. Diese trugen erheblich dazu bei, den beruflichen Aufstieg der Schwarzafrikaner zu verhindern (rund 374 000 europäische Einwanderer von 1961 bis 1970).

So unerwartet wie das Geschehen in Portugal und Griechenland, so überraschend sind die Auswirkungen der eben stattgefundenen Debatte in der UN-Vollversammlung in New York, wo es um den Ausschluß der Republik Südafrika aus der Weltorganisation ging. Dieser wurde durch das Dreier-Veto Großbritanniens, USA und Frankreich verhindert. Aus dieser Riesendebatte, an der fünfzig Redner einen Totalangriff auf Südafrikas Apartheid vornahmen, geht hervor, daß Südafrika, wenn es nicht eine Änderung seiner Rassenpolitik vornimmt, einer totalen Isolation entgegengeht. Von den an Südafrika gestellten Forderungen stechen drei hervor: 1. Durchgreifende innenpolitische Maßnahmen zum Abbau der diskriminierenden Rassentrennungspolitik; 2. Übergabe der Kontrolle Namibias an die Vereinten Nationen; 3. Aufgabe der Unterstützung des Minderheitsregimes in Rhodesien (Rückzug der südafrikanischen militärisch ausgebildeten Polizeitruppen).

Der anwesende südafrikanische Botschafter Botha plädierte eindringlich für Beibehaltung der Mitgliedschaft. Er versprach, daß seine Regierung alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um von einer auf Rasse und Hautfarbe begründeten Diskriminierung abzugehen.

Premierminister Vorster hat unverzüglich eine Regierungserklärung abgegeben. In allen drei Punkten sicherte er Änderung oder Besserung zu. Daß ein Abbau oder gar eine Kehrtwendung in der Apartheid-Politik auf großen Widerstand einer starken Fraktion innerhalb der Regierungspartei stoßen wird, dürfte klar sein. Diese plädierte denn auch ganz offen für den Austritt aus der UNO. Als gewiefter Taktiker und Pragmatiker entschied sich Vorster gegen diesen Schritt. Südafrika ist für seinen Export auf die westlichen Märkte angewiesen. Vorster weiß, daß Schwarzafrrika nur in Notzeiten bereit ist, mit dem rassisti-

schen Südafrika Handel zu treiben. In einer Rede vor dem Senat ging Vorster so weit, zu erklären: «Entweder gehen wir mit der Zeit, oder wir gehen unter». Diese warnenden Worte richteten sich allem Anschein nach an die «verkrampten» (konservative, afrikaans) Fraktion.

Was Rhodesien anbelangt, hat er zum ersten Mal dem rhodesischen Premierminister Ian Smith den Rat erteilt, sich auf dem Verhandlungsweg mit England zu einigen.

Ob die Aussicht für eine friedliche Lösung der Auseinandersetzung zwischen Schwarzen und Weißen sich in Taten umsetzt, wird wohl schon die allernächste Zukunft zeigen.

Namibia (Einwohner: 750 000 Schwarze; 100 000 Weiße)

Das ehemalige Deutsch-Südwestafrika, das von der UNO 1968 in Namibia (nach der Wüste Namib) umgetauft wurde, ist ein weiterer Konflikttherd im südlichen Afrika.

Südwestafrika wurde 1884 von den Deutschen erobert. Während dem Ersten Weltkrieg wurde es von Südafrika besetzt und kam in der Folge als Völkerbundsmandat unter die Verwaltung von Südafrika. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Vereinten Nationen als Nachfolgeorganisation Namibia Südafrika als Treuhandgebiet zur Verwaltung übergeben, mit der Auflage, das Land der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entgegenzuführen. Die südafrikanische Regierung hat sich geweigert, die UNO als Nachfolgerin des Völkerbunds anzuerkennen. Seither hält Südafrika das Land wie eine Kolonie besetzt.

1966 hat die UNO Südafrika das Mandat entzogen. 1971 wurde dieser Beschuß vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag bestätigt. Darauf hat Pretoria nach dem Vorbild der südafrikanischen Bantustans das Land gegen den Willen der Bevölkerung aufgeteilt in schwarze Stammesgebiete (Reservate) und in ein weißes Gebiet (zwei Drittel), in dem sich die reichen Bodenschätze befinden (Diamanten, Kupfer, Blei, Zink, Wolfram, Uran), die jetzt von südafrikanischen und ausländischen Gesellschaften ausgebeutet werden. Die Einheimischen, denen die ärmsten Landstriche zugeteilt wurden, sind daher gezwungen, als Wanderarbeiter im weißen Gebiet, in den Minen und auf den Farmen ohne ihre Familien ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Seit der Einführung der Bantustanpolitik hat sich der namibische Freiheitskampf unter der Führung der SWAPO (South West African Peoples' Organisation) verstärkt. Schlagartig wurde das sichtbar durch die 1971 unerwartet ausgebrochenen Streiks der Ovambos, die sich in allen Industriezentren ausbreiteten. Seither hat die Regierung von Südafrika versucht, durch Polizeiterror, Folterungen, Verhängen von hohen Freiheitsstrafen, Ausweisungen «Ruhe und Ordnung im Land» aufrechtzuerhalten.

Weiße und schwarze Kirchenvertreter protestieren öffentlich gegen diese brutalen Unterdrückungsmaßnahmen. 1972 ruft der Internationale Bund Freier Gewerkschaften zu internationalen Aktionen gegen Investitionen in Namibia und Südafrika auf.

1973 hat die südafrikanische Regierung Wahlen ausgeschrieben, um die Stammländer mit Teilautonomie auszustatten. 98 Prozent der Wähler gingen nicht an die Urne.

Darauf folgten wieder langwierige Verhandlungen zwischen UNO und Pretoria. UN-Generalsekretär Kurt Waldheim begab sich persönlich nach Pretoria und Namibia. Darauf hielt sich der Schweizer Dr. Alfred Escher als Sonderbeauftragter der UNO während mehreren Wochen in Namibia auf, um die Lage abzuklären. Am 15. November 1972 berichtete Waldheim über diese Mission im Sicherheitsrat. Er erklärte, daß die Mehrheit der namibischen Bevölkerung einen unter der Schutzherrschaft der UNO, von Pretoria unabhängigen Einheitsstaat fordere (Ablehnung der Politik der Separaten Entwicklung).

Am 11. Dezember hat der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen, die fruchtlosen Namibia-Gespräche abzubrechen.

Vor nicht langer Zeit hat Südafrika einen erneuten Vorstoß gemacht, um das Namibia-Problem zu lösen. Der Plan besteht in einer Aufteilung des Landes in einen unabhängigen Ovambo-Staat einerseits und in einen lockeren Zusammenschluß der übrigen Stammländer. Vorgesehen ist, daß die 342 455 Ovambos sich mit den 120 000 Ovambos jenseits der Grenze in Angola zusammenschließen. Die 100 000 Weißen würden das bisherige weiße Gebiet mit den Bodenschätzen behalten. Ihnen wäre freigestellt, ein unabhängiger Staat zu werden (verbunden mit Südafrika). Man kann gespannt sein, wie Vorster die Namibia-Frage zu lösen gedenkt. Mit Täuschungsmanövern wird es bestimmt nicht mehr gehen.

Rhodesien (Zimbabwe) 249 000 Weiße; 5,22 Mio. Afrikaner)

In Rhodesien breitet sich, wie man hört, eine wachsende Nervosität in der Bevölkerung aus. Die Regierung von Ian Smith ist angesichts des Entkolonialisierungsprozesses in der mosambikanischen Nachbarschaft in eine aussichtslose Position geraten. Seit vor zwei Jahren das gemeinsam von der englischen und rhodesischen Regierung geplante Abkommen (Pearce Commission) von der schwarzen Bevölkerung unmißverständlich abgelehnt wurde, stehen sich Schwarz und Weiß kampfbereit gegenüber. Die Verschärfung der Rassengesetze (Identitätskarte) und massive repressive Maßnahmen des weißen Regimes haben zu einer wachsenden, intensiven Guerilla-Aktivität (ZANU und ZAPU) geführt. Darauf hat die Regierung ein 30 Kilometer breites Gebiet, dem Fluß

Sambesi entlang an der Grenze zu Sambia, als Niemandsland erklärt. Die einheimische Bevölkerung wurde zwangsweise in sogenannte «Wehrdörfer» nach portugiesischem Muster umgesiedelt. Bis Ende 1973 wurden achttausend Afrikaner umgesiedelt. Zwei weiße Parlamentsmitglieder haben damals im Parlament in Salisbury ausgesagt, Nichtwillige seien in Eisenkäfigen abtransportiert worden. Unterdrückungspraktiken, wie sie in Südafrika und Namibia getägt werden, kommen nun auch in Rhodesien zur Anwendung. Der Erzbischof von Salisbury, Mgr. Francis Marshall, und eine Anzahl anglikanischer, katholischer und methodistischer Bischöfe haben kürzlich eine Dokumentation über Folterungen an unschuldigen Menschen (Aussagen-erpressung) an fünfhundert Persönlichkeiten in Rhodesien verschickt.

Im Juni wurden fünf schwarze Rhodesier als Abschreckung gegen Guerillatätigkeit erhängt. Seit 1972 ist die Zahl der Todesurteile durch Erhängen auf neunzehn angestiegen. Allan Savery, ehemaliger Vorsitzender der «Rhodesian Party», ist aus Protest aus der Partei ausgetreten. Er erklärte im Parlament, wenn ich ein schwarzer Rhodesier wäre, würde ich Terrorist werden. Er fügte bei, eine Lösung der Probleme sei im Rahmen der jetzigen Verfassung unmöglich. Mittlerweile nehmen die Zwangsumsiedlungen ein unwahrscheinliches Ausmaß an. Im Juli dieses Jahres wurden 47 000 Männer, Frauen und Kinder des Chiweshe-Stammes (60 km von Salisbury entfernt) in einundzwanzig sogenannte «geschützte Dörfer» gebracht. Diese sind durch Maschendrahtzäune abgeschirmt und nachts mit einem Flutlichtring umgeben. Bei eintretender Dunkelheit ist Ausgangssperre verhängt. Die Männer werden in diesen Dörfern im Umgang mit den Waffen geübt und es werden Verteidigungsgruppen gebildet. Der Häuptling des Chiweshe-Stammes, der sich dieser durch Armee, Luftwaffe und Polizei durchgeführten Umsiedlung (genannt «Overload Operation») widersetzte, wurde in einem Geheimprozeß zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Pat Hill, ein Arzt aus dieser Region sagte: «Das Ganze ist wie wenn man Tiere sammelt, und sie von einem Feld ins andere bringt».

Der Presse ist es verboten, über Überfälle auf weiße Farmen oder irgendwelche Sabotage-Anschläge der Untergrundkämpfer zu berichten. Seitdem es den Guerillas gelungen ist, die lebenswichtige Eisenbahnlinie von Salisbury an den mosambikanischen Meerhafen Beira durch Minenlegung lahmzulegen, ist das Transportwesen des Binnenlandes Rhodesien im Nerv getroffen. Die in aller Eile gebaute eingleisige Bahn nach Südafrika kann niemals den lebenswichtigen Export und Import bewältigen, umso mehr als die südafrikanischen Seehäfen schon längst überlastet sind.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Rhodesien keine Hilfe, weder militärische noch wirtschaftliche, von Südafrika erhalten wird.

Von englischer Seite hört man, Vorster habe seine Truppen schon jetzt aus dem Innern Rhodesiens an die Grenzen zurückgezogen. Als Krisenzeichen ist die Einführung einer zehnprozentigen Sondersteuer auf alle Einkommen in Rhodesien zu werten. Diese «Kriegssteuer», die rückwirkend auf das Finanzjahr 1973/1974 verordnet wurde, soll dazu beitragen, die hohen Kosten der Anti-Guerillabekämpfung zu decken. Dies scheint zur wachsenden Unzufriedenheit in der weißen Bevölkerung beizutragen. Laut Presse haben die Staatschefs Kaunda von Sambia und Nyerere von Tanzania Schritte für eine erneute Verhandlungsrunde zwischen London und Salisbury unternommen.

Kürzlich hat Kaunda in einer an die Adresse von Ian Smith gerichteten Rede erklärt, er sei zu einer zeitweiligen Einstellung des Guerillakrieges gegen Rhodesien bereit, unter der Bedingung, daß die rhodesische Regierung sich mit den Vertretern der afrikanischen Mehrheit zu Verfassungsgesprächen an den Verhandlungstisch setze.

Es sieht so aus, als ob der sture und arrogante Ian Smith und sein Anhang bald nicht mehr so selbstsicher von ihren Regierungssesseln aus das Geschick ihrer schwarzen Mitbürger allein bestimmen könnten. Bestimmt wird das Mitspracherecht der schwarzen Mehrheit nicht erst in hundert Jahren Wirklichkeit sein, wie sich Ian Smith vor zwei Jahren an einer Pressekonferenz äußerte.

Helen Kremos

Chinesische Demokratie

Von Barbara Ehrenreich

Während der Kulturrevolution wurde gesagt, die Chinesen seien alle Kritiker geworden. Fünf Jahre danach gilt dies noch. Ganz China kritisiert Lin Piao und Confucius. Arbeiter verwenden monatlich mindestens vierundzwanzig Stunden, um zu kritisieren. Wandmaler schicken Schulen, Restaurants, Fabriken und Kaufläden ihre Plakate, Schulkinder singen: «Schüler, Arbeiter und Bauern gehen voran, um Lin Piao und Confucius zu kritisieren».

Was taten denn die beiden, um soviel Kritik zu verdienen? Confucius war ein wandernder Philosoph. Er lebte im 5. Jh. v. Chr. Seine Schriften wurden allmählich die offizielle Philosophie und Staatslehre Chinas. Lin Piao war Verteidigungsminister bis 1971. 1969 wurde er als Nachfolger Maos in Aussicht genommen. Er starb 1971 bei einem Flugzeugabsturz in der Mongolei. Man nimmt an, daß er nach Moskau fliegen wollte. Und was verbindet nun Confucius und Lin Piao? Man fand in seinem Haus einen Spruch von Confucius: «Zügle dich und stelle die Riten wieder her».